

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l
der 48. Sitzung des Bundesrates vom 26. Juni 1964

Vorsitz: Hr. Bundespräsident von Moos
Abwesend: niemand
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Protokolle: keine
Beginn: 9 Uhr Schluss: 11 Uhr 35

Schriftliche Anträge

Departement des Innern

Probleme der schweizerischen Wissenschaftspolitik

Herr Tschudi führt in Ergänzung des schriftlichen Berichtes aus, das Wesentliche sei, dass das Departement gewisse Richtlinien für die Weiterarbeit bekomme. Das Problem werde langsam akut, weil wegen der Zersplitterung eine gewisse Gefahr bestehe, dass einem die Aufgabe über den Kopf wachse. Es fehle vollständig an einem Gesamtüberblick. Sicher sei, dass zur Förderung der Forschung bisher getroffene Massnahmen Erfolg gehabt hätten, (z.B. Rückberufung einer ganzen Anzahl Forscher aus USA). Man müsse diese Fortschritte weiter unterhalten (Gebäude, Material, Einrichtungen etc.). Herr Professor von Muralt habe festgestellt, dass der Nationalfonds 1965 40 Mio. Franken benötigen werde. Bis 1969 dürfte der Bedarf auf 60 Mio. Franken anwachsen. Der Sprechende stellt fest, dass auch unsere kantonalen Universitäten im Rückstande seien und dass Lücken bestünden, vor allem bei Gebäuden und Einrichtungen. Er werde dem Bundesrat einen Bericht der Expertenkommission Labhardt unterbreiten können. Hier dürften sich Ausgaben von mehreren 100 Mio. Franken ergeben. Diese Situation zwingt uns, alles so zu organisieren, dass die Administration und Koordination klappen. Aus einer Publikation der OECD ergebe sich, dass für die Zwecke der Wissenschaftspolitik 2 % des Volkseinkommens verwendet werden sollten. Das würde für uns eine Milliarde Franken jährliche Ausgaben bedeuten. Dabei müsse man aber alles einrechnen was Bund, Kantone und Private für die Wissenschaft leisten. Dieser Betrag werde bei uns zur Zeit sicher nicht erreicht. ~~Der Nationalfonds glaube, dass er im Interesse der Koordination alle Institutionen unterstützen sollte, auch diejenigen, die bisher internationale Beiträge, direkte Bundessubventionen oder kantonale sowie Gemeinde-Subventionen erhalten haben.~~ Herr Tschudi nennt eine Reihe konkreter Beispiele: Plasmainstitut, Gewässerforschung, Krebsforschung usw. Hier stehe man vorläufig vor ungelösten administrativen und organisatorischen Problemen. ~~Der Nationalfonds selbst könne das nicht machen, weil er zu stark spezialisiert sei.~~ Das EDI sei



der Meinung, dass zur Zeit ein Delegierter für die Forschung nicht eingesetzt werden könne. Ein solcher sei noch nicht unerlässlich. Der Sprechende glaube aber, man sollte bald einen sogenannten Wissenschaftsrat einsetzen, wobei man aber vor allem darauf zu achten habe, dass *dieser* arbeitsfähig sein müsse. Eine solche Kommission sollte deshalb möglichst klein sein. Wichtig sei die Frage des Präsidiums. Der Sprechende glaube nicht, dass es nötig sei, eine gesetzliche Basis zu schaffen, denn der Wissenschaftsrat hätte die Aufgabe den Bundesrat, die eidgenössischen Räte und die Kantone zu beraten.

Herr Wahlen findet, dass die Einsetzung einer siebengliedrigen Kommission vorläufig die richtige Lösung sei. Herr Fürsprecher Jaccard sei von seiner Reise in die USA zurückgekehrt, wo er Fühlung mit unsern Wissenschaftlern in Amerika gehabt hätte. Er habe einen Bericht erstattet, den Herr Wahlen Herrn Tschudi zur Verfügung stellen werde. Herr Wahlen möchte wissen, wie man die Leistung der Industrie im Gebiete der wissenschaftlichen Forschung einbeziehen wolle. Diese Leistungen seien sehr gross. Die CIBA z.B. gebe 125 Mio. Franken jährlich für Forschung aus. Der Sprechende habe gestern den Besuch von Herrn Dr. Oswald der Emserwerke erhalten. Er habe dabei erfahren, dass es gelungen sei, ein industriell auswertbares Verfahren zu finden, das in der Lage wäre, die Aufbaustoff-Lücke in der Ernährung der Unterentwickelten auszufüllen. Die Industrie zeige noch eine gewisse Zurückhaltung bei ihren Leistungen für Gemeinschaftswerke. Man dränge stark auf einen Beitritt der Schweiz zur ELDO. Herr Wahlen möchte wissen, wann das EDI gedenke, den neuen Antrag für die Erhöhung der Beiträge an die eidgenössischen Räte zu stellen.

Herr Spühler stellt fest, dass der Bericht die Probleme richtig sehe. Im allgemeinen laufe es darauf hinaus, dass sich die einzelnen Professoren gegenseitig rückversichern, dass sie etwas aus dem Nationalfonds erhalten. Deshalb sei es richtig, dass man eine Gesamtkonzeption für die wissenschaftliche Forschung finde.)

Das sei die Aufgabe des Wissenschaftsrates. Der Nationalfonds werde das kaum machen könnten. Wenn ein solches Kollegium nur aus wenigen Personen bestehe, sei die Gefahr, dass die Interessen des Einzelnen vor allem berücksichtigt werden, geringer, als bei einer grossen Kommission. Man sollte daher nicht über 7 Mitglieder hinausgehen. Der Sprechende halte auch dafür, dass es nicht gut wäre, wenn die ~~Kommission~~ nur aus Herren bestehen würde, die nur nebenamtlich mitwirken. Er habe Erfahrungen gemacht mit der Raumforschungskommission. Auch hier spiele die Koordination noch nicht. Diesbezüglich teile er die Auffassung des FZD. Man müsse für die Koordination eine Stelle beim Departement des Innern schaffen, oder mindestens dieses Problem sofort prüfen. *→ Koordination durch eine Kommission, die ja*

verfolgen würde.

Die Industrie erfülle selber sehr grosse Aufgaben. Sie bringe Mittel auf für die Forschung, sobald es sich um das eigene Unternehmen handle. Wenn sie aber mit andern zusammenarbeiten sollte, sei sie in der Regel nicht so begeistert. Darum müsse im Wissenschaftsrat auch die Industrie vertreten sein.

Herr Bonvin bemerkt, dass der Bund auf Grund der Bundesverfassung ermächtigt wäre, eine eidgenössische Universität zu schaffen. Der Nationalfonds für wissenschaftliche Forschung verteile Bundesgelder. Man sollte das koordinieren mit den Universitäten. Ebenso wäre eine Koordination zwischen den Universitäten nötig. Unsere jungen Wissenschaftler würden erklären, dass sie weniger am Verdienst interessiert seien als daran, über ein zweckmässiges Instrumentarium für ihre Forschung zu verfügen. Das FZD möchte zu Punkt 2 des Antrages des EDI vor allem wünschen, dass die Mittel zweckmässig eingesetzt würden. Es werde nötig sein, dass das EDI über einen Beamten verfüge, der mit dem Wissenschaftsrat zusammen arbeite. So könne man die Kommission über die Auffassung des Bundesrates orientieren und umgekehrt. Damit habe der Bundesrat die nötige Sicherheit für die zweckmässige Verwendung der Mittel. Was die Höhe der Kosten betreffe, sei das FZD nicht erstaunt. Nach Auffassung des Sprechenden sei die Grundlagenforschung in Hauptsache Bundesaufgabe, während die angewandte Forschung Sache der einzelnen Fachgebiete wäre.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass der Antrag des EDI genehmigt sei. Das EDI werde den Bemerkungen in den Mitberichten und in der Diskussion Rechnung tragen. Der Sprechende erwähnt die Beteiligung der Industrie, die Schaffung einer Koordinationsstelle und den Finanzierungsvorschlag für den Nationalfonds. Diese Gesichtspunkte sollten in die Prüfung einbezogen werden. Der Bundesrat erwarte konkrete Vorschläge.

Herr Tschudi erklärt sich bereit, die Angelegenheit in diesem Sinne weiter zu prüfen. Man müsse nun zuerst den Bedürfnissen des Nationalfonds Rechnung tragen, dem bereits die Mittel für das nächste Jahr fehlen. Ein grosses Problem seien unsere Wissenschaftler in den USA. Diese wünschen Spitzenpositionen mit einem gut ausgerüsteten Institut, sonst seien sie enttäuscht. Sie vergessen oft, dass sie die Schweiz nicht mit der USA vergleichen sollten, sondern mit dem, was die einzelnen Staaten der USA tun. Bei unsern Universitäten sei das patriarchalische System noch zu weit verbreitet. Die Vorwürfe gegen Herrn Professor von Muralt seien unberechtigt. Herr Tschudi habe von ihm verlangen müssen, dass er im Rahmen der Kredite bleibe. Ursprünglich habe der Sprechende zuerst eine grosse Gesamtvorlage unterbreiten wollen, für den Ausbau der kantonalen Universitäten und die Förderung des Nationalfonds. Jetzt müsse man aber sofort eine Botschaft machen für den Nationalfond. Die Botschaft für die Unterstützung der kantonalen Universitäten werde voraussichtlich nächstes Jahr kommen. Sie werde in der ersten Botschaft bereits angekündigt werden.

Militärdepartement

Panzerpiste Wideralp, Baufreigabe

Herr Chaudet erklärt sich mit dem Antrag des FZD laut Mitbericht einverstanden.

Finanz- und ZolldepartementBesteuerung der Beamten internationaler Organisationen

Herr Spühler möchte wissen, was unter "internem Besteuerungssystem" zu verstehen sei? Für welche Zwecke wird das Geld verwendet?

Herr Wahlen antwortet, dass diese Mittel für die Budgetzwecke der einzelnen Organisationen verwendet würden. Damit würden die beteiligten Länder für ihre Beiträge entsprechend entlastet. Es handle sich um eine Leistung, die kontrollierbar sei.

Herr Schaffner bemerkt, dass in der Steuerfreiheit dieser Funktionäre ein zusätzlicher Beitrag des Gaststaates an die internationale Organisation liege. Die internationalen Funktionäre genössen neben dem Diplomatenstatut und der damit verbundenen Zollbefreiung auch noch die Steuerfreiheit. Man bezeichne sie als "Europrofiteure". Man müsse sich fragen, wie Genf, das von diesen Leuten keine Steuern bekomme, auf die Dauer alle seine Funktionen für die Aufnahme dieser Leute erfüllen könne.

Herr Bonvin erklärt, man wolle diesen Leuten einen Teil ihrer Privilegien wegnehmen, vor allem gelte dies für die Stellung der Schweizer gegenüber den Ausländern. Das sei nur ein erster Schritt zu einem Ausgleich.

Der Herr Bundespräsident teilt mit, dass er etwas skeptisch sei. Der Vorteil der Lösung liege in der Gleichstellung zwischen Schweizern und Ausländern. Der Nachteil für uns liege darin, dass wir auf die Steuerhoheit verzichten müssen.

Herr Wahlen stellt fest, dass doch von vielen Leuten in diesen Organisationen viel geleistet werde. Wenn man mit diesen Privilegien der Funktionäre internationaler Organisationen abfahren wollte, dann bestünde das Risiko, diese Organisationen zu verlieren. Die Schweiz müsste dann auf die mit der internationalen Tätigkeit verbundene Ausstrahlung verzichten. Es handle sich um einen Apparat, der heute zum Teil unerwünscht erscheine, aber in unserer Touristikbilanz eine Rolle spiele. Der Sprechende weist darauf hin, dass die Holländer die ELDO hätten aufnehmen wollen, ohne den Funktionären aber höhere Löhne zu zahlen als die in der eigenen Industrie üblichen. Die ELDO werde jetzt wahrscheinlich nach Belgien kommen, wo günstigere Bedingungen geboten werden. Das Problem habe sehr verschiedene Aspekte. Eine grundsätzliche Neuprüfung der Frage der fiskalischen Privilege hätte keinen Zweck.

Herr Schaffner glaubt, dass die Schweiz erklären sollte, nachdem sie internationale Beamte und Institute aufnehme, erbringe sie eine Sachleistung, die man an ihrem Beitrage an die entsprechende internationale Organisation anrechnen sollte. Herr Schaffner stelle aber keinen Gegenantrag.

Herr Bonvin bemerkt, dass Genf saniert worden sei Dank der Tatsache, dass es diese internationalen Organisationen aufgenommen habe. Auch die Neutralitätspolitik der Schweiz habe davon profitiert. Andere Länder würden alles mögliche offerieren, um internationale Organisationen zu erhalten. Das FZD sei an die

- 5 -

bisherigen Beschlüsse gebunden. Man hoffe mit der Zeit zu einem Prinzip der Rückvergütungen zu kommen.

v. darauf

Der Herr Bundespräsident ist der Meinung, dass der Bundesrat nochmals *v.* zurückkommen müsse, wenn die Zustimmung der interessierten Kantone gemäss Ziffer 2 nicht eintreffen sollte.

Verwertung der Kartoffelernte 1964

Dieses nicht auf der Traktandenliste stehende Geschäft wird antragsgemäss erledigt.

Volkswirtschaftsdepartement

Eingabe der Raffineries du Rhône SA, Lausanne, Antwort

Herr Spühler bemerkt zum Mitbericht des VED, dass er sich dagegen wende, dass man erkläre, dass die "sphère dirigeantes de l'économie privée" darüber entscheiden könne, ob die schweizerische Wirtschaft ein Interesse an der Weiterexistenz des Betriebes der Raffineries du Rhône habe. Es sei hiernicht notwendig, darauf einzutreten, weshalb er den Absatz streichen würde.

Herr Schaffner bemerkt, dass es sich um eine Formulierungsfrage handle. Es handle sich um eine ungenügende Uebersetzung aus dem Deutschen. Die Raffineries du Rhône erkläre, sie sei kolossal wichtig für die schweizerische Wirtschaft. Der Passus sei so gemeint gewesen, dass die schweizerische Wirtschaft, wenn sie ein Interesse habe, auch kaufen werde. Man wollte ihnen *x* damit sagen, sie müssten selber Propaganda machen. Herr Schaffner ist aber mit der Streichung einverstanden. *x* (d.h. der Raffineries du Rhône)

Herr Chaudet findet, dass es so aussehe, wie wenn der Bundesrat damit seine Verantwortung auf andere abladen möchte.

Herr Bonvin stellt fest, dass die Importeure unter Prüfung auf die Idee der Freiheit zusammenstehen, um die Raffinerie zu bekämpfen. Man wolle sie erdrücken, um sie dann wieder aufzukaufen. Sie werfen billiges Oel auf den Markt und rechnen damit, die Verluste wieder einzuholen, wenn sie die Raffinerie gekauft haben. Der Bundesrat sollte diese Importeure nicht zu sehr in Schutz nehmen.

Herr Schaffner erklärt, dass die Annahme, dass S. Amon eine sorgfältige Abklärung der Absatzmöglichkeiten vorgenommen habe, nicht zutreffe. Man habe ihm gesagt, dass er ein Tankstellennetz besitzen müsse, sowie Abnahmeverpflichtungen für Schweröel. Er habe erklärt, er könne billiger liefern als die andern und habe den Kampf gegen sie eröffnet. Er habe 15 % billiger sein wollen und habe sich dabei getäuscht. Man stehe gar nicht ~~so sehr~~ unter dem Drucke der Importeure. Diese bilden zusammen keinen Trust. *x* Vielmehr gebe es verschiedene ~~Trusts~~, die im härtesten Kampf um die Marktanteile ~~stünden~~. Alle diese Gesellschaften werden sich untereinander auch weiterhin die grösste Konkurrenz machen. Die Leute um die Raffinerie hätten mit Mattei einfach auf die falsche Karte gesetzt.

x Herr Bundespräsident fragt sich, ob man nicht die Stellungnahme des Chefs EVD vom 12.8.1959 im Briefe erwähnen sollte?

Herr Chaudet stellt fest, dass zwischen ihm und dem EVD keine Meinungsverschiedenheiten beständen. Er habe nicht erklären wollen, dass die Raffinerie das von Anfang an geprüft habe.

Herr Spühler erklärt, er sei einverstanden, weil es sich um Massnahmen im Ausland handle. Er finde es aber bedauerlich und wir sollten darauf achten, nicht in zu grosse Abhängigkeit zu kommen.

Herr Bonvin ist der Auffassung, dass man realistisch sein müsse. Die Raffinerie stelle ein Element dar, das die Wirtschaft des Landes bereichere. Man sei daran auch vom Standpunkt der Kriegsvorsorge aus interessiert. Ebenso bestehe bei der elektrischen Energie ein Interesse an der Gesellschaft. Man habe geprüft, wie man das Problem lösen könne auf Grund des bestehenden Rechtes und ohne Subventionierung.

Dringliche Kleine Anfrage Bachmann-Wollerau vom 10. Juni 1964 und Kleine Anfrage Barras vom 9. Juni 1964

Herr Spühler ist der Meinung, dass man den Ausdruck Entwicklungskantone in der Antwort nicht immer wieder verwenden sollte. Es genüge, wenn man ihn ein erstes mal in Gänsefüsschen aufführe.

Der Herr Bundespräsident würde sogar die erste Erwähnung streichen und eine andere Formulierung suchen.

Herr Schaffner will das berücksichtigen.

Herr Tschudi möchte wissen, ob es sich bei den 700 Mio Franken um einen Gesamtbetrag für beide Jahre handle, oder ob dieser Betrag sowohl für 1964 wie für 1965 gelte.

Herr Schaffner will das prüfen, stellt aber fest, dass es heisse: "um insgesamt rund 700 Mio".

Kleine Anfrage Heil vom 12. Dezember 1963

Herr Schaffner ist damit einverstanden, im 4. Absatz zu sagen: "wünschbar ist" statt "wünschbar wäre".

Herr Spühler fragt, ob auch die Bundesanleihen dem Emissionskalender unterworfen seien?

Herr Schaffner bestätigt das und hält dafür, dass man diesen Text stehen lassen sollte.

Herr Spühler erklärt, keinen Antrag zu stellen.

Der Herr Bundespräsident fragt sich, ob man nicht noch einen Passus einbauen sollte in dem Sinne, dass man den Baubeschluss beibehalten müsse, wenn man den Finanzbeschluss aufrecht erhalten wolle.

Herr Schaffner wünscht, dass das FZD das noch prüfe und dem EVD einen Vorschlag mache.

Auf Antrag des Herrn Bundespräsidenten wird beschlossen, dem EVD, dem FZD und der BK Vollmachten für die endgültige Redaktion zu erteilen.

Im Zusammenhang mit diesem Geschäft stellt Herr Schaffner fest, dass es zu weit gehe, wenn man durch die Kleine Anfrage beginne eine Interpellation zu ersetzen. Es handle sich nicht um kleine,

26.6.65

- 7 -

sondern um grosse Anfragen, also um eigentliche Interpellationen. Herr Wahlen stellt fest, dass man dringliche Kleine Anfragen auch mündlich beantworten könne. Der Bundesrat sollte in solchen Fällen erklären, er sei bereit zu einer mündlichen Beantwortung; wenn man eine schriftliche Antwort wolle, müsse man bis zur nächsten Session warten.

Hr. Chaudet

Mirage-Angelegenheit

Herr Chaudet teilt mit, dass der Bundesrat noch einen Bericht erhalten werde zu den parlamentarischen Vorstössen Bärlocher, Bringolf, Grütter, Leuenberger und Maître. Die Untersuchungskommission beabsichtige Unterkommissionen zu bezeichnen, die zu diesen Fragen Stellung nehmen sollen. Das gehört aber nicht in die Aufgabe der Untersuchungskommission.

Der Bundesrat teilt diese Auffassung.

Herr Bonvin bemerkt, dass einer der Gründe für die Verteuerung die Einführung des Apparates Tarant war. Der Sprechende möchte wissen, ob die Entwicklung des Tarant über Transistor abgeschlossen sei?

Herr Chaudet antwortet, soviel er wisse, seien die Versuche abgeschlossen. Er wolle das noch abklären. Hier werde man wahrscheinlich keine Ueberraschungen zu erwarten haben.

Der Herr Bundespräsident fragt, ob durch das Postulat Bärlocher nicht ein Präjudiz geschaffen werde?

Herr Chaudet erklärt, man wolle nicht über den Kredit hinaus gehen, müsse aber im Rahmen des Kredites noch Beschlüsse fassen können. Wenn das nicht möglich sein sollte, könnten daraus unangenehme Folgen entstehen. Der Bundesrat sollte sich darüber entscheiden, wie das Postulat Bärlocher zu interpretieren sei.

Der Herr Bundespräsident erklärt, dass in seiner Fraktion die Neigung bestanden habe, der Motion Götsch zuzustimmen. Es habe dann geheissen, man dürfe keine Verträge brechen. Das Postulat Bärlocher ist objektiver. Es verlangt, dass man sich nicht neu engagiere und versuche, auf dem Verhandlungswege zum Ziel zu kommen.

Herr Spühler findet, dass diese Angelegenheit etwas unerwartet komme. Das EMD sollte uns den Text des Postulates mit einer kurzen Orientierung zustellen.

Der Rat ist einverstanden.

Büste von General Guisan

Herr Chaudet führt aus, dass im Vestibül des EMD eine Büste von General Wille und Korpskdt. Sprecher von Berneck stehe. Eine Künstlerin habe nun eine Büste von General Guisan gemacht und dafür einen ersten Preis erhalten. Sie wollte diese Büste für die EXPO machen. Man habe die Büste aber nicht gekauft, weil man sonst auch die früheren Generäle hätte aufstellen müssen.

Die Büste sei sehr schön und er frage sich, ob man sie nicht im Bundeshaus aufstellen könne. Die Künstlerin, Madame Binguelli, wolle keine Geldfrage daraus machen, es komme ihr nur darauf an, dass man sich für ihr Werk interessiere.

Nachdem Herr Bonvin erklärt, grundsätzlich mit dem Ankauf der Büste einverstanden zu sein, wird das EMD beauftragt, die Bedingungen für den Ankauf abzuklären und festzustellen, wie seinerzeit die Büsten von Wille und von Sprecher beschafft wurden.

Hr. W a h l e n

Oesterreich und die EWG

Wie Herr Wahlen mitteilt, werde vom EPD aus der Fall Oesterreichs in der Integrationsfrage weiter verfolgt. Man habe sich die Grundlagen verschafft über die österreichische Neutralität. Der Sprechende gibt Kenntnis von einem Passus in den österreichisch-russischen Verhandlungen des Jahres 1955 woraus hervorgeht, dass es sich um eine selbstgewählte Neutralität handle.

Herr Bonvin bemerkt, dass man in Brüssel das Problem Oesterreich habe behandeln wollen in dem Sinne, dass ihm seinerzeit die Neutralität aufgezwungen worden sei.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass wir weiter zusehen und Material sammeln sollten.

Vortrag in den Rencontres suisses

Herr Wahlen teilt mit, dass er seinen Vortrag in der Annahme ausgearbeitet habe, es handle sich um eine interne Veranstaltung. Nun habe sich herausgestellt, dass die ganze Elite Romande eingeladen worden sei und auch die führenden Blätter der Westschweiz. Er müsse nun seinen Vortrag der neuen Situation anpassen. Der Bundesrat müsse entschuldigen, dass er ihm den Text nicht unterbreitet habe, was geschehen wäre, wenn ihm die erwähnten Umstände früher bekannt gewesen wären.

Hr. B o n v i n

Raketen-Entwicklungen Bührle - Contraves

Herr Bonvin erkundigt sich, ob mit der Wahl des "Bloodhound" die Entwicklung Bührle weiter verfolgt werden solle. Man soll schauen, ob das Leitwaffen-System Bührle nicht überholt sei.

Herr Chaudet antwortet, dass man seit Jahren Versuche gemacht habe mit drahtgelenkten Leitwaffen. Jetzt gebe es Waffen, die drahtlos gelenkt werden können. Das EMD prüfe diese Entwicklung schon lange. Eine drahtgelenkte Waffe wäre bei uns schwer einzusetzen, aber sie ist jetzt die einzige verfügbare.

Auch das Problem der Bührle Raketen habe man geprüft. Die Mehrheit der LVK ist der Meinung, dass man diese Entwicklung weiter verfolgen sollte. Das Ziel solle 1965 erreicht werden. Was die

Frage des Verhältnisses zum Bloodhound betreffe, sei festzustellen, dass der grosse Unterschied darin bestehe, dass der Bloodhound von festen Basen aus geleitet werde. Die Bührle Rakete habe demgegenüber den Vorteil, beweglich eingesetzt werden zu können und bilde somit eine wertvolle Ergänzung des Bloodhounds. Man sollte abwarten, bis die Entwicklung abgeschlossen ist. Man hoffe, das Resultat werde positiv sein.

Herr Bonvin bemerkt, er habe vernommen, dass die Entwicklung Bührle nie zu einem Ziel gelangen werde und dass man hier eine aussichtslose Sache fortsetze. Deshalb sollte man abklären, ob die Meinung der Mehrheit richtig sei und wie es mit den Erfolgsmöglichkeiten stehe.

Herr Chaudet antwortet, dass die Perspektiven gut seien und dass man Chancen habe, zum Ziel zu kommen.

L. gewisse

Präsidialvorbringen

Eingabe P. Helfenstein, Frauenfeld

Das Schreiben, in welchem 7 konkrete Fragen über die Eiereinfuhr gestellt werden, wird an das EVD weitergeleitet zur Ausarbeitung einer von der BK ausgehenden Antwort.

Eidgenössisches Schwingfest

Der Herr Bundespräsident teilt mit, er habe darüber mit Ständerat Bachmann gesprochen. Dieser habe Verständnis für die Auffassung des Bundesrates, habe aber das Gesuch nochmals gestellt zu prüfen, ob nicht ein Mitglied des Bundesrates am Schwingfest anwesend sein sollte.

Es wird beschlossen, dass Herr Korpskdt. Ullmann als Vertreter und Sprecher des Bundesrates an der Veranstaltung teilnehmen soll.

Orientierungsreise des Bundesrates

Der Herr Bundespräsident teilt noch mit, dass uns in Flüeli Kaplan Alois Stockmann führen werde. Ebenso beabsichtige er die Lehrer und Schüler des Kollegiums Sarnen, die in den MSA-Baracken im Melchtal einquartiert sind, kurz zu begrüßen.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 47. Sitzung vom 23. Juni wird mit je einer Ergänzung bei den Geschäften "Nationalstrassen, Finanzierung" und "Behandlung der Motionen Grütter, Leuenberger, Bringolf-Schaffhausen" genehmigt.